

II-2327 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1248 IJ

1987 -11- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager, Haupt
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend einen Entwurf für eine B-VG-Novelle der Verbindungsstelle der
Bundesländer

In einem Schreiben vom 16. September 1987 legte die Verbindungsstelle der
Bundesländer einen Entwurf für eine B-VG-Novelle vor, durch die unter dem
Deckmantel des Föderalismus das faktische Ende der unabhängigen Rechnungs-
kontrolle eingeleitet werden sollte. Die wesentlichen Änderungen betreffen:

Die Wahl des Rechnungshofpräsidenten bzw. Vizepräsidenten, der in Zukunft
nur auf gemeinsamen Vorschlag der Landeshauptleute und mit Zustimmung des
Bundesrates gewählt werden soll. Ferner ist eine Reduzierung der Amtszeit
auf 6 Jahre vorgesehen. Eine Wiederwahl soll nur einmal zulässig sein.

Die Bestellung leitender Beamte soll zu einem Drittel auf Vorschlag der
Landeshauptleute erfolgen und es soll sichergestellt werden, daß ein
Viertel der Rechnungshofbeamten aus den Ländern kommt.

Ferner soll die Rechnungshofberichterstattung an den Nationalrat über seine
Tätigkeit auf Länder- und Gemeindeebenen in Hinkunft ausgeschlossen werden.
Rechnungshofberichte über die Länder sollen nicht mehr dem Nationalrat
zugehen, sondern den Ländern, diese können dann die Vertraulichkeit be-
schließen, was de facto eine Geheimhaltung der Prüfungsberichte ermöglicht.

Präsident und Vizepräsident (der Vertrauensmann der Landeshauptleute) sollen
nur mehr einvernehmlich Prüfungen im Länder- und Gemeindebereich anordnen
können. Dagegen soll der betroffene Landtag noch zusätzlich Einspruch
erheben können.

Gegen diesen Entwurf der Länder für eine Bundesverfassungsgesetz-Novelle,
die, falls sie tatsächlich Berücksichtigung finden sollte, die Kontroll-
möglichkeiten des Rechnungshofes empfindlich einschränken würde, haben
sich bereits zahlreiche Politiker ausgesprochen.

- 2 -

Am Freitag, 13.11.1987, fand eine Sitzung der Landeshauptleutekonferenz statt, bei der dieser Entwurf abgesegnet werden sollte. Da in den Medien über den Ausgang der Beratungen der Landeshauptleutekonferenz aber nichts berichtet wurde, richten die unterzeichneten Abgeordneten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform die nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie lautet die Haltung der Bundesregierung zum gegenständlichen Entwurf für eine B-VG-Novelle ?
2. Stimmen Sie dem Entwurf der Verbindungsstellen der Bundesländer zu ?
3. Wie lautet der derzeitige Stand der Verhandlungen mit den Landeshauptleuten ?